

Motorradfahrer starb bei Zusammenstoß mit Hirsch

VÖCKLABRUCK. Zu einem tödlichen Motorradunfall ist es am Montagabend auf der Großalmlandesstraße L544 im oberösterreichischen Bezirk Vöcklabruck gekommen.

Wie die Polizei mitteilte, kollidierte ein Motorradlenker (50), der in Richtung der Gemeinde Altmünster unterwegs war, in Steinbach am Attersee mit einem Hirsch. Der Mann erlag noch an der Unfallstelle seinen schweren Verletzungen. Durch die Kollision mit dem

Tier verlor der 50-Jährige die Kontrolle über sein Motorrad, schlitterte auf das Straßenbänke und kam einige Meter weiter samt Motorrad auf der Fahrbahn zu liegen. Nachkommende Fahrzeuglenker sahen ihn auf der Fahrbahn liegen und alarmierten die Einsatzkräfte.

Das Geweih des Hirschs wurde beim Zusammenstoß abgerissen und blieb an der Unfallstelle zurück. SN, APA



KRITIKRAX

Das Wetter, glaub ich, ver-zweifelt schön langsam. Im Sommer ist es zu heiß, im Winter zu kalt, im Frühjahr zu regnerisch. Nie kann es etwas richtig machen.

Pensionist erschoss seine Ehefrau und dann sich selbst

MATZEN. In der Gemeinde Matzen im niederösterreichischen Bezirk Gänserndorf hat ein Mann (79) seine gleichaltrige Ehefrau und sich selbst erschossen. Der Tat war nach Angaben von Polizeisprecher Johann Baumschlager eine verbale Auseinandersetzung am Montagabend vorangegangen.

Der passionierte Jäger holte daraufhin seinen Revolver, seine Frau versuchte noch, aus dem

Haus zu flüchten. Ihr Mann holte sie aber in der Einfahrt ein und tötete sie. Danach verständigte der Mann, der alkoholisiert gewesen sein soll, die Polizei und gestand telefonisch die Tat. Nachdem Beamte eingetroffen waren, richtete der Mann die Waffe gegen sich selbst und verübte Suizid. Zuvor war der 79-Jährige von den Beamten mehrfach aufgefordert worden, den Revolver fallen zu lassen, was er aber nicht tat. SN, APA

Ministerium prüft Rückholung

WIEN. Das Außenministerium prüft die Rückholung zweier Kinder, die mit ihrer Mutter (22) aus Hallein in einem kurdischen Internierungslager in Nordsyrien festsetzen. „Es werden alle Umstände des Falles geprüft. Das Kindeswohl steht im Mittelpunkt“, sagte der Sprecher des Ministeriums, Peter Guschelbauer, Dienstag zur APA. Die Mutter der Salzburgerin hatte einem Mittelsmann 6000 Euro für die Rückholung durch Schlepper bezahlt, vom Vorwurf der Terrorfinanzierung wurde sie kürzlich freigesprochen.

Oligarch Firtasch kann an die USA ausgeliefert werden

WIEN. Der ukrainische Oligarch Dmitri Firtasch kann an die USA ausgeliefert werden. Der Oberste Gerichtshof (OGH) bestätigte am Dienstag ein entsprechendes Urteil des Oberlandesgerichts Wien und wies sowohl eine Nichtigkeitsbeschwerde der Generalprokuratur als auch einen Erneuerungsantrag von Firtasch ab. Nun muss Justizminister Clemens Jabloner die politische Entscheidung über die Auslieferung Firtaschs treffen. Die USA werfen Firtasch vor, er habe indische Politiker bei einem Bergbauprojekt mit 18,5 Mill. Dollar bestochen. Firtasch bestreitet das. SN, APA

In einem großen Park in Wien lag tagelang ein totes Baby

Eine Mutter soll ihr totes Kind in einer öffentlichen Parkanlage abgelegt haben. Um solche Fälle zu verhindern, sei das Wichtigste, dass Frauen wüssten, was sie tun könnten, sagt eine Ärztin.

WIEN. Es sind tragische und zum Glück seltene Einzelfälle, aber nun war es nach längerer Zeit wieder einmal in Wien der Fall: Ein totes Baby, abgelegt in einem Plastiksack, wurde in einem öffentlichen Park gefunden. Nun sucht die Polizei nach der Mutter und hofft auf Hinweise, die auch anonym behandelt werden.

Jugendliche hatten die grausige Entdeckung am Montag am späten Vormittag gemacht, als sie am Rande des Waldmüller-Parks in Wien-Favoriten hinter einer Holzplanke auf das blutverschmierte Plastiksackerl aufmerksam geworden waren. Der männliche Säugling darin war in Handtücher und eine Damenstoffhose eingewickelt. Das Baby lag nach Erkenntnissen der Polizei bereits drei bis sieben Tage in dem Park.

Die Exekutive geht von einer „Täuschung durch die Mutter“ aus. Das könne bedeuten, dass die Frau in ihrer Ausnahmesituation vorgegeben habe, kürzlich eine Tot- oder Fehlgeburt gehabt zu haben, oder auch, kürzlich ein



Der große Park in Wien-Favoriten, in dem das tote Baby entdeckt wurde, ist nach dem Maler Ferdinand G. Waldmüller (1793–1865) benannt. BILD: SN/APA/PUNZ

Kind zur Adoption freigegeben zu haben, erklärte die Polizei.

Ob das Baby bei der Geburt gelebt habe oder nicht, könne nur eine spezielle Untersuchung zeigen, die erst durchgeführt werden müsse.

Das Strafgesetz berücksichtigt die Ausnahmesituation von Müttern bei und kurz nach der Geburt.

Nach Paragraph 79 ist die „Tötung eines Kindes bei der Geburt“ mit sechs Monaten bis zu fünf Jahren Haft zu bestrafen. Das gilt für die Mutter „während der Geburt oder solange sie noch unter der Einwirkung des Geburtsvorgangs steht“.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden für Frauen, die ungewollt

schwanger werden, viele Beratungsstellen und auch rechtliche Hilfestellungen geschaffen. Den Anfang machten dabei sogenannte Babyklappen, in denen Neugeborene anonym bei Spitälern abgegeben werden können. Seit 2001 gibt es das Instrument der anonymen Geburt, die viel stärker angenommen wird als Babyklappen. Im Jahr 2017 gab es 37 anonyme Geburten in Österreich, davon 15 in Wien. Drei Mal wurde eine Babyklappe benutzt.

Die Ärztin Claudia Klier von der Wiener Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde (MedUni Wien/AKH) sagt, der von der Polizei verwendete Begriff der „Täuschung“ sei „sehr unglücklich gewählt“. Betroffene Frauen seien in einer solchen Ausnahmesituation, dass sie ihre Schwangerschaft bis zuletzt verdrängten und das oft auch ihrem Umfeld und sogar Ärzten plausibel machen könnten. Prävention und das Wissen um Verhütung seien wichtig, „aber das Wichtigste ist, dass Frauen wissen, was sie tun können“, betont Klier.

Infos in elf Sprachen unter:

WWW.ANONYMEGEBURT.AT

95

Erzbischof wenig erfreut über Nuntius-Aussagen

Vatikan-Vertreter bezeichnet die Versetzung von Bischof Schwarz nach St. Pölten als „Beförderung“.

GERALD STÖBER

SALZBURG, WIEN. Wann bekommt Kärnten einen neuen Bischof? Das ist eine der aktuellsten Fragen in der katholischen Kirche in Österreich. Bischof Alois Schwarz war vor fast genau einem Jahr von Gurk-Klagenfurt nach St. Pölten versetzt worden. Unmittelbar vor dem Jahrestag ist mit dem Hemmafest am Donnerstag (27. Juni) ein wichtiges Datum in der Diözese Gurk-Klagenfurt, denn Markgräfin Hemma (980–1045) gründete ein Nonnenkloster in Gurk und gilt als Initiatorin des Benediktinerstifts Admont. 1938 wurde sie heiliggesprochen.

Jetzt lässt der neue Vertreter des Vatikans in Österreich, der Spanier Pedro López Quintana, mit ersten Aussagen zum aktuellen Kirchen-skandal aufhorchen. Der 65-Jährige, der seit Mai den Papst in Österreich vertritt, nahm Schwarz ausdrück-

lich in Schutz. So bezeichnete der neue Nuntius López die Versetzung von Schwarz nach St. Pölten als „Beförderung“, denn die Diözese in Niederösterreich sei bedeutender



„Schwarz wurde befördert.“

Pedro López Quintana, Nuntius

als Kärnten, sagte er der „Presse am Sonntag“. Schwarz habe sich „offenbar nichts“ zuschulden kommen lassen. Die Kritik am zu großen Einfluss einer Ex-Mitarbeiterin auf die Amtsführung nannte der Nuntius „witzig“, denn sonst werde die Rolle der Frau in der Kirche oft beklagt.

Über diese Aussagen zeigte sich Salzburgs Erzbischof Franz Lackner alles andere als erfreut. Direkt kom-

mentieren wollte er das Interview des neuen Nuntius am Dienstag auf SN-Anfrage nicht. Doch der Visitation, der im Winter im Auftrag des Papstes die Situation in Kärnten untersucht hatte, erklärt, er habe in den vergangenen Monaten mehrmals die zuständigen römischen Zentralstellen aufgesucht „und auf die Situation der Kirche in Österreich und den Vertrauensverlust unter den Gläubigen hingewiesen. Auch mit Nuntius Pedro López Quintana habe ich über diese Situation gesprochen. Es geht ganz entscheidend um die Gläubigen wie um die Glaubwürdigkeit der Kirche in unserem Land.“ Kardinal Christoph Schönborn wollte sich nicht äußern. Er warte „auf das offizielle Ergebnis der Visitation aus Rom“.

An der Aufarbeitung von Schwarz' 17-jähriger Amtszeit in Kärnten kiefeln der Vatikan und die Kärntner Kirche nach wie vor. Die

Vorwürfe der Misswirtschaft mit Millionenverlusten im Bistum, überhöhter Gehälter und Abfertigungen für Führungskräfte sowie des zu engen Verhältnisses zu einer Mitarbeiterin führten zu der apostolischen Visitation unter Leitung von Erzbischof Lackner. Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung folgten.

Sowohl der päpstliche Visitation Lackner als auch Kardinal Schönborn hatten im März erklärt, sie könnten sich nicht vorstellen, dass die Causa Schwarz ohne Konsequenzen bleibe. Schönborn hatte sogar einen Rechnungshof für die Kirche vorgeschlagen. Kommende Woche wird die Diözese Gurk erstmals zusätzlich zum diözesanen Finanzbericht einen Rechnungsabschluss des Bistums und des Domkapitels in Gurk vorlegen – ein Novum in Österreich.

Kasache steht vor Gericht, weil er für Islamisten kämpfte

WIEN. Ein Kasache (29) steht am Donnerstag als mutmaßlicher Terrorist vor einem Wiener Schwurgericht. Der Mann soll von August 2013 bis November 2015 mehrfach nach Syrien gereist sein und aktiv gegen die Truppen des Assad-Regimes gekämpft haben. Laut Anklage hat er die tschetschenische Islamisten-Gruppe „Emirat Kaukasus“ unterstützt, die dem „Islamischen Staat“ (IS) die Treue schwor. Der Prozess findet deshalb in Österreich statt, weil der Mann seit Dezember 2015 in Wien unter falscher Identität gelebt hat. Er gab bei den österreichischen Behörden an, Russe zu sein und aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer religiösen Minderheit in Russland verfolgt zu werden. Damit stellte er Antrag auf internationalen Schutz. Er lebte jahrelang in der Donaustadt, ging keiner Beschäftigung nach und kassierte monatlich Sozialhilfe. SN, APA